



Dit is Berlin (1)

Von Daniel Deckers

Gleich ob es zu einer Wiederholung der Bundestagswahl in sechs Berliner Wahlkreisen oder nur in einigen Hundert Wahlbezirken kommen wird – dieses Ereignis muss in der Geschichte der parlamentarischen Demokratie in Deutschland ein Einzelfall bleiben. Und das zum wenigsten mit Blick auf den Aufwand, der dafür getrieben werden muss. Ebenfalls nicht ins Gewicht fallen dürfen die womöglich weitreichenden Folgen für die Zusammensetzung des Bundestags, sollten Wahlkreise an andere Kandidaten gehen oder sich gar die Zweitstimmenanteile so stark verändern, dass eine Neuberechnung der Zahl der Mandate notwendig würde. Denn beides wäre weniger verhältnismäßig, als die Geschehnisse des 26. September 2021 auf sich beruhen zu lassen, wie es der rot-grün-rote Berliner Senat gerne hätte.

Zu verdenken ist ihm die Bockigkeit nicht, selbst wenn es nur bei der Wiederholung der Bundestagswahl bliebe und die Wahl zum Abgeordnetenhaus Bestand hätte (worüber nicht der Bundestag, sondern das Landesverfassungsgericht entscheidet). Denn mit dem Wahlchaos, das Senat und Bezirke angerichtet haben, hat sich die Stadt unter den Augen der Weltöffentlichkeit zum Gespött gemacht. Daran erinnert zu werden ist nicht schön. Die Verteilung unabhängiger Wahlgrundsätze wiegt aber so schwer, dass das Amnesiebedürfnis des Senats dahinter zurückzustehen hat – und längst alles dafür getan werden müsste, dass sich 9/26 nicht wiederholen kann.

Dit is Berlin (2)

Von Jasper von Altenbockum

Nach drei Wochen wiederkehrender Straß- und Autobahnblockaden werden sich die Berliner fragen: Warum nur immer wieder Berlin? Weil es in ihrer Stadt besonders viele Anhänger der „Letzten Generation“ gibt, die gegen eine angebliche „Vernichtung der Gesellschaft“ durch fossile Brennstoffe agitieren? Dagegen spricht, dass viele der meist jungen Leute, die sich an die Fahrtrahnen kleben, von weit her anreisen. Oder geht es ihnen um die Nähe zur Politik, wenn sie von Bundeskanzler Olaf Scholz fordern, er möge Ölbohrungen in der Nordsee unterbinden? Der Grund dürfte sein, dass sie ihren angeblich „sozialen Widerstand“, in Wahrheit unsoziale Selbstsucht, in Berlin einfacher ausleben können als anderswo.

Unter den Aktivisten wird sich herumgesprochen haben, dass in Berlin kaum etwas zu befürchten ist. Zwar werden fleißig Ermittlungsverfahren wegen Nötigung eingeleitet, doch Mahnungen, es möge auch einmal zur Anklage kommen, wurden von der Generalstaatsanwaltschaft in Berlin als „politische Wunschvorstellung“ zurückgewiesen. Wo können wir auch hin, möchte man Sarkastisch hinzufügen, wenn die Berliner justiz einer dem Untergang geweihten Gesellschaft beiprägen und ihre Arbeit machte? Wenigstens auf die Polizei ist noch Verlass. Berliner Zustände heißt: Die „Letzte Generation“ kann froh sein, dass sie auf Berliner Straßen nicht kleben bleibt.

Chaos mit Folgen

Berlin soll Wahl wiederholen

Von Helene Bubrowski und Stephan Klenner

Allerdings meinen manche Rechtswissenschaftler, eine Wahlwiederholung umfasst stets Erst- und Zweitstimme – und zwar auch dann, wenn der Abstand des Siegers im Wahlkreis zum Zweitplatzierten so groß ist, dass die Unregelmäßigkeiten gar nicht „mandatsrelevant“ sind, also rein rechtlich keine Auswirkungen haben können. Auch politisch wäre die Sache angreifbar, wenn die Ampel ausgerechnet in einem Wahlkreis, den die CDU gewonnen hat, die Wiederholung der Erststimme fordert. Wird in allen 400 Wahllokalen auch die Erststimme wiederholt, könnte es für die Linke brenzlig werden. Zwei der Direktmandate, die ihr die Fraktionsstärke im Bundestag sichern, kommen aus Berlin.

Dass die Bundestagsabgeordneten die Pannen nicht hinnehmen würden, war schon in der Verhandlung des Wahlprüfungsausschusses Ende Mai erkennbar. Die Abgeordneten befragten fast sechs Stunden insbesondere Bundeswahlleiter Georg Thiel und die stellvertretende Berliner Landeswahlleiterin Ulrike Rockmann. Beide waren uneins darüber, ob die Wahl zu wiederholen sei.

Dies liegt auch an Unschärfen des Wahlrechts. Für eine Wahlwiederholung reichen geringfügige Probleme am Wahltag nicht aus. Wäre dies der Fall, ließe sich fast jede Wahl an zweifeln. Juristen prüfen deshalb in drei Schritten: Zunächst ist zu klären, ob ein Wahlfehler vorliegt. Ist dies der Fall, wird dessen „Mandatsrelevanz“ untersucht. Zudem muss die Wahlwiederholung verhältnismäßig sein, ist also mit ihren Nachteilen abzuwägen.

In der Verhandlung des Wahlprüfungsausschusses räumte selbst Rockmann ein, es habe Wahlfehler gegeben. Bei der Frage der Mandatsrelevanz lagen sie und Bundeswahlleiter Thiel aber weit auseinander. Wären auf die SPD 802 zusätzliche Zweitstimmen entfallen, hätte sie im Bundestag einen Sitz mehr erhalten. Da während der pannenbedingten Schließzeiten der Wahllokale 821 Bürger hätten wählen können, wenn jeder dafür stunde lang Minuten gebraucht hätte, sah Thiel die Mandatsrelevanz als gegeben an. Die Landeswahlleitung rechnete hingegen anders: Sie argumentierte, der SPD-Stimmenan-

teil in den betreffenden Wahlbezirken liege bei etwa 22 Prozent. Um 802 weitere SPD-Stimmen aufzutreiben, seien also insgesamt etwa 3700 zusätzliche Wähler notwendig. So viele hätten während der Schließzeiten ihre Stimme wohl nicht abgeben können.

Die Abgeordneten des Wahlprüfungsausschusses gaben schon damals zu erkennen, dass sie eher der Argumentation Thiel folgten: Der CDU-Abgeordnete Patrick Schneider hielt der Landeswahlleitung entgegen, ein Hochrechnen des Wahlergebnisses auf die Schließzeiten sei unzulässig. Mit Blick auf die an der Stimmabgabe gehinderten Wähler sagte er: „Natürlich können die alle SPD wählen“. Auch SPD-Obmann Johannes Fechner sagte, es spreche viel für eine Mandatsrelevanz. Die Verhältnismäßigkeit sei der „Knackpunkt“.

Aber welche Faktoren dürfen dabei eine Rolle spielen? Bundeswahlleiter Thiel argumentierte, gegen einen neuen Wahltermin dürfe nicht ins Feld geführt werden, dass aufgrund von Umzügen, Todesfällen und 18. Geburtstagen ein anderes Wählerverzeichnis gelte. Das sei „systemimmanent“. Andersfalls könne mit angeblich fehlender Verhältnismäßigkeit jede Wahlwiederholung vermieden werden – ganz gleich, wie gravierend die Wahlfehler seien. Die stellvertretende Landeswahlleiterin Rockmann meinte hingegen, diese Faktoren seien sehr wohl problematisch. Ein neuer Wahltermin sei deshalb unverhältnismäßig.

Neben der Union forderte auch der Bundeswahlleiter, in sechs Bundestagswahlkreisen komplett neu zu wählen. Der Vorschlag der Ampelblöcke geht weniger weit. Die 400 Wahllokale dürften der geringstmögliche Eingriff sein. Das dürfte auch daran liegen, dass die meisten Bundestagsabgeordneten an einer zu groß angelegten Wahlwiederholung kein Interesse haben: Da jenseits eines zusätzlichen SPD-Sitzes und des Reinickendorfer Direktmandates wenig auf dem Spiel steht, wird an einem neuen Termin mit einer geringen Wahlbeteiligung gerechnet. Dies könnte dazu führen, dass Berlin am Ende mit weniger Abgeordneten als bisher im Parlament vertreten ist – die Hauptstadtbewohner wären durch die Wahlpannen dann ein zweites Mal gestraft.



Ralf STEGNER Foto von image-images.de

Jetzt auch Außenpolitiker

Mit dem Vorsitz im Afghanistan-Untersuchungsausschuss wird man einen neuen Ralf Stegner kennenlernen: den Außenpolitiker. Sei er in den Bundestag gewählt wurde, beackert er dieses Feld, im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und im Europaausschuss, nachdem er jahrelang aus der Innenpolitik, zumindest aus der von Schleswig-Holstein, nicht wegzudenken war. Stegner hatte aber, sei er in den Achtziger- und Neunzigerjahren in den USA studierte und in Harvard einen Master-Abschluss absolvierte, immer auch ein außenpolitisches Interesse. Seine Promotion über das „Theatralische“ in Amerika Demokratie erwies sich in der Amtszeit Donald Trumps als weitsichtig.

Ganz verabschiedet sich Stegner im Afghanistan-Ausschuss allerdings nicht aus der Innenpolitik. Schließlich geht es vor allem um das überstürzte und deshalb desaströse Ende des Finanzszenes um die Behandlung der Ortskräfte. Beides hatte und hat eine innenpolitische Dimension, nicht nur deshalb, weil einer der wichtigsten Protagonisten, der ehemalige Außenminister Heiko Maas, ein Parteifreund Stegners ist. Auch Horst Seehofer, der ehemalige Bundesinnenminister, und Amneer Kramp-Karrenbauer, die letzte Verteidigungsministerin der Ära Merkel, werden sich Fragen stellen müssen. Auch Angela Merkel selbst dürfte Stegner noch gegenüberstehen.

Seine im innenpolitischen Kampf trainierte Scharfzüngigkeit wird Stegner dabei zugehen müssen. Die trug zwar maßgeblich zu seinem Aufstieg in Kiel bei, aber auch zu seinem Aufstieg. Zunächst Staatssekretär, dann Minister (zuerst Finanzen, dann Inneres), schließlich SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender, schaffte es Stegner nicht bis ganz nach oben in das Amt des Ministerspräsidenten. Auch in der Bundespartei versuchte er als Vertreter der Parteilinken den Sprung an die Spitze, und wer weiß, wenn Kevin Kühnert und die Jusos 2019 in der Urwahl nicht das Gespinnst Finken/Borjans unterstützt hätten, sondern Schwan Stegner, wäre er jetzt Parteivorsitzender. So aber landeten die beiden auf dem letzten Platz. Stegner wich anschließend Kühnert in der Parteiführung, fiel aber auch als Beisitzer im Vorstand durch.

Das Ende seiner Kieler Karriere und der Wechsel in den Bundestag haben Stegner vielleicht Gelassenheit lernen lassen, aber nicht Zurückhaltung. Waffeneinführungen in die Ukraine hielt Stegner, wiewohl kein Pazifist, erst ab. Umso deutlicher setzte er sich für das Sondervermögen für die Bundeswehr ein und hielt Scholz dadurch auf der linken Seite der Fraktion den Rücken frei. Der 1959 in der Pfalz geborene Stegner kann solche Standpunkte mittlerweile ganz ohne Kieler Küstenkühle, sondern präzise aufgearbeitet vermitteln. JASPER VON ALTENBOCKUM



So soll es nicht laufen: Bundestagswahl 2021 in Berlin Foto dpa

Humanitäre Hilfe für einen Verbrecher

Syriens Herrscher profitiert von der Unterstützung für Millionen Hungernde / Von Christoph Ehrhardt, Beirut

Dieser diplomatische Nervenkrieg ist traurige Routine: Der UN-Sicherheitsrat soll per Resolution grenzüberschreitende Hilfe der UN-Organisationen nach Syrien erlauben – Hilfe, die dem Zugriff des Gewalttätigers Bashar al-Assad entzogen ist, weil sie über die türkisch-syrische Grenze in Gebiete gelangt, die er nicht kontrolliert. Aber die Vetomacht Russland, der Schutzherr des syrischen Gewalttätigers, fordert für ihre Zustimmung Zugeständnisse und erpresst den Westen bis zum Ablauf der Frist, in der entschieden werden muss. Noch am Freitag stellte Moskau die Zeichen in der Sicherheitsrat auf Blockade. Die humanitären UN-Organisationen beharren zwar weiter darauf, ihre Milliarden von Dollar schwere Arbeit sei unpolitisch. Aber diese ist von Assad und Moskau längst – und mit zunehmendem Erfolg – zu einer politischen Waffe umfunktioniert worden.

Darüber herrscht Unbehagen in westlichen Regierungen, und Experten, auch bei manchem im UN-Apparat. Umso unübersichtlicher die Missstände werden, desto lauter werden auch die Forderungen, grundsätzlicher über die internationale humanitäre Hilfe für Syrien nachzudenken. Diese sei an einem Wendepunkt angekommen“, stellt ein Bericht der Denkfabrik „Center for Strategic & International Studies“ fest, der im Frühjahr veröffentlicht wurde. Er kommt zu einem so klaren wie ernüchternden Befund: Die internationalen Bemühungen, das Leid der syrischen Bevölkerung zu lindern, hätten „zunehmend den Effekt, dass die syrische Regierung politisch und finanziell gestärkt wird – dieselbe Regierung, die Schuld hat am Leiden von Millionen von Syrern und am Exil von weiteren Millionen“. Zugespitzt formuliert: Im Namen der Menschlichkeit wird mit Milliarden an Hilfsgeldern das Überleben eines unmenschlichen, verbrecherischen Regimes verlängert.

Wie drist Assad die UN-Hilfe manipuliert, ist in mehreren Studien dokumentiert worden. Frontierschreitende Hilfe, die über Damaskus in die von den Assad-Gegnern kontrollierten Regionen verbracht wird, ist trotz anderslautender Versprechen minimal. Zugleich setzt das Regime alles daran, den eigenen Nutzen zu maximieren. Seine Güntlinge, manche mit Sanktionen belegt, verdienen kräftig mit. Die ausgezehrt Streitkräfte zweigen Lebensmittelhilfen ab. Vor allem aber sind die Dollar der UN-Organisationen, zu deren größten Gebern die USA, die EU und Deutschland zählen, eine der wichtigsten Devisenquellen des Regimes – und damit eine seiner Überlebensdosen; neben den Einnahmen durch Produktion und Schmuggel des illegalen Aufputschmittels Captagon.

„Syrien ist zu einer Art Rentenstaat geworden, der inzwischen zu einem beachtlichen Teil am Tropf der UN-Hilfe hängt“, sagt Carsten Wieland, früherer Berater des UN-Sondergesandten für Syrien und Autor des Buches „Syria and the Neutrality Trap“, das die Praxis humanitärer Hilfe in Syrien kritisch beleuchtet.

„Millionen von Dollar gehen regelmäßig allein dadurch an die syrische Zentralbank, weil das Regime für Hilfs-Dollar, die in Syrien getauscht werden, einen unvorzählbaren Wechselkurs veranschlagt.“ Eine schonungslos aufbereitete solcher Missstände – es gibt auch Berichte über die Ermordung von UN-Mitarbeiterinnen – hat die UN-Organisationen veranlasst, die Hilfe über Damaskus einzustellen, sagt er. Eine „Taskforce“ der Geber soll gemeinsam mit der Türkei daran arbeiten, die humanitäre Hilfe für Syrien unabhängiger von den UN-Organisationen zu machen. „Das ist kompliziert, und das geht nicht von einem Tag auf den anderen. Aber man hätte längst damit anfangen müssen“, sagt Rayburn. Es sei garfalsch angesichts des Ukrainekrieges „nicht länger hinzunehmen, dass die westlichen Geber Putins Syrien-Politik subventionieren“.

Advertisement for FAZ magazine subscription. Text: „Genießen Sie 3 Wochen kostenlos die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung inklusive F+... Starten Sie Ihre neue Wochenendtradition.“ Includes image of a magazine and a bowl of food.

Advertisement for FAZ magazine subscription. Text: „Ihre Vorteile: Inspirierend: starke Themen und neue Perspektiven. Aktuell: mit dem Zugriff auf alle F+ Artikel auf FAZ.NET jederzeit umfassend informiert. Gewinnchance: automatische Teilnahme am Sommergewinnspiel.“

Advertisement for Leonardo Hamburg Altona. Text: „Mit Ihrer Bestellung des Abos nehmen Sie automatisch an unserem Sommergewinnspiel teil.“ Includes image of a hotel room and a laptop.